





## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.11.2015**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.11.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 2 Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 2.1 Konkretisierung von Konsolidierungsmaßnahmen 2016 - 2020**

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die als Tischvorlage zur Kenntnis gegebene Informationsvorlage für den Finanz- und Personalausschuss „Konkretisierung von Konsolidierungsmaßnahmen 2016 - 2020 (Drs.-Nr. 2411/2014-2020).

Die hier zunächst zur Kenntnis gegebenen Konsolidierungsmaßnahmen werden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2016 beraten und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ergänzend weist Beigeordneter Herr Nürnberger auf die als Tischvorlage verteilte schriftliche Mitteilung zur Verfahrensänderung bei der Kita-Platzvergabe hin.

Frau Stillger bittet diesbezüglich im Rahmen der Haushaltsberatungen um Darstellung der Kriterien zur Prüfung des Betreuungsumfangs.

-.-.-

#### **Zu Punkt 2.2 Terminplanung**

Für die Haushaltsberatungen wird folgender Terminplan vereinbart:

20.01.2016 16.00 Uhr Sondersitzung des JHA -1. Lesung-

27.01.2016 15.00 Uhr bis  
16.00 Uhr Unterausschuss Jugendhilfe

27.01.2016 16.00 Uhr  
fassung- Sitzung des JHA -2. Lesung u. Beschluss-

-.-.-

**Zu Punkt 3 Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Zwischenbericht zum Projekt "Bielefeld integriert"**

Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Epp stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation die Zwischenergebnisse der 4 Fachgruppen zum Projekt „Bielefeld integriert“ vor.

Auf die Nachfrage von Frau Brinkmann, welche Turnhallen für die Belegung mit Flüchtlingen vorgesehen seien, antwortet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass ihm hierzu aktuell keine Informationen vorliegen. Er verweist diesbezüglich auf einen anstehenden Pressetermin.

Herr Epp beantwortet die Nachfrage von Frau Brinkmann zur Erhöhung der Gruppenstärke in den Kitas dahingehend, dass für 2016 zur Finanzierung des ergänzenden Personals 200.000 € vorgesehen seien.

Anlässlich einer Nachfrage von Frau Rammert kündigt Beigeordneter Herr Nürnberger für eine der nächsten Sitzungen nähere Informationen zu Überlegungen zur Förderung des Ausbaus von Kita-Plätzen mit Investitionsmitteln an.

Frau Stillger nimmt die Reduzierung von Kita-Plätzen im Rahmen der HSK-Maßnahme einerseits und die vorgesehene Erhöhung der Gruppenstärke andererseits zum Anlass, auf einen ausgewogenen Umgang mit den Leistungen speziell für Flüchtlinge und den sonstigen Leistungen zu achten.

**Zu Punkt 6**      **Umsetzung des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld**

**Zu Punkt 6.1**    **Umsetzungsschritte im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2424/2014-2020/1

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die als Tischvorlage ausgelegte Nachtragsvorlage. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss habe in seiner Sitzung am 24.11.2015 den Beschluss um Punkt 7 erweitert.

Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 01.12.2017 beschlossen habe, den Punkt 7 wie folgt zu ergänzen:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, **für die Punkte 2-6** über die Konkretisierung der Inhalte und Maßnahmen und deren Umsetzung die Fachausschüsse zu informieren und ihnen zur Entscheidung vorzulegen.“*

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

**geänderten Beschluss:** (Änderung in Fettdruck)

1. Für die Durchführung der sog. Brückenprojekte im Jahr 2016 werden kommunale Mittel iHv. 300.000 € bereitgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kindertageseinrichtungen mit einer höheren Anzahl an geflüchteten Kindern geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer auf deren Bedarfe ausgerichteten Sprachförderung zu ergreifen. Hierfür werden jeweils 100.000 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Kindergartenbedarfsplanung an die veränderten Bedingungen anzupassen. In einem ersten Schritt sind in 2016 zusätzliche Gruppenplätze zu nutzen und für 2017 die Schaffung von ca. 180 neuen Kita-Plätzen vorzusehen. Die dafür benötigten Mittel von 200.000 € für 2016 und jährlich 1,0 Mio. € ab 2017 werden bereitgestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von geflüchteten Menschen an der Bevölkerung geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung in den Regelangeboten der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Begegnungszentren zu ergreifen. Hierfür werden jeweils 400.000 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt.
5. Für die Durchführung von Projekten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration der geflüchteten Menschen sowie zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der Nachbarschaften in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur,

non-formale Bildungsprojekte und Selbstorganisation werden kommunale Mittel iHv. bis zu 200.000 € für die Jahre 2016 und 2017 bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Richtlinien-Entwurf für die Vergabe der Projektmittel zu erarbeiten.

6. Die REGE mbH wird beauftragt, 30 Personen (60 Personen in der Gesamtlaufzeit von 2 Jahren) mit Fluchterfahrung, die momentan Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, als „Integrationslotsen“ einzustellen. Die jährlichen Mittel iHv. 360.000 € für die Jahre 2016 und 2017 werden über eine Erhöhung des Verlustausgleiches zur Verfügung gestellt.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, **für die Punkte 2-6** über die Konkretisierung der Inhalte und Maßnahmen und deren Umsetzung die Fachausschüsse zu informieren und ihnen zur Entscheidung vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 6.2

### **Finanzierung des zusätzlichen Einsatzes von Schulsozialarbeit in Schulen mit Internationalen Klassen (Auffang- und Vorbereitungsklassen gem. RdErl. des MSW vom 21.12.2009, BASS 13-63 Nr. 3)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2323/2014-2020

Herr Potschies und Herr Schütz erklären sich für befangen und wirken an der Abstimmung nicht mit.

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass die Vorlage sowohl im Sozial- und Gesundheitsausschuss wie auch im Finanz- und Personalausschuss einstimmig beschlossen wurde.

Ohne Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss den

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeit der internationalen Klassen (IK) in den Grund- und Sek.-I-Schulen und an den Berufskollegs durch Schulsozialarbeit zu unterstützen und dafür Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen abzuschließen bzw. für die Schulsozialarbeit an den Berufskollegs an die REGE mbH zu übertragen. Es gilt ein Personalschlüssel von 0,2 Stelle je internationaler Klasse. Die Leistungsverträge sind auf drei Jahre zu befristen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Verstetigung KIGS – Übergang KiTa - Grundschule**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2371/2014-2020

Frau Brinkmann berichtet über die durchweg positiven Rückmeldungen und wünscht dem Projekt weiterhin viel Erfolg.

Herr Wörmann kündigt für den Herbst 2016 einen gemeinsamen Abschlussbericht mit der Uni Bielefeld an.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die beiden KiTa-Gruppen des Modellprojektes KIGS (Übergang KiTa – Grundschule) nach dem Auslaufen der Projektlaufzeit im Sommer 2016 in die Regelförderung aufzunehmen. Die KIGS-Gruppen sind:

- (1) Karl-Siebold KiTa in Schildesche – Träger: Evangelischer Kirchenkreis Bielefeld
- (2) KiTa Windflöte – Träger: Stadt Bielefeld

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 8

### **Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII;** **Kosmopolit e.V., Graf von Stauffenberg Str. 10, 33615 Bielefeld**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2315/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet von den Beratungen im Unterausschuss. Dieser empfehle dem Jugendhilfeausschuss, Kosmopolit e.V. als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Herr Hanke weist auf die zunächst für 2 Jahre befristete Anerkennung hin. Der relativ junge Verein sei bisher wenig auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig gewesen, möchte dies jedoch nach dem vorliegenden Konzept für 2016 ausbauen. Aus diesem Grund solle nach 2 Jahren reflektiert werden, ob der Verein die erforderlichen Voraussetzungen auch dauerhaft erfüllt. Die Verwaltung werde den Jugendhilfeausschuss über das Ergebnis informieren und bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Beschlussvorlage zur Entfristung vorlegen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

**Beschluss:**

Kosmopolit e.V. wird befristet bis zum 31.12.2017 als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.

Die Anerkennung bezieht sich auf:

- Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII
- Angebote der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII
- Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB VIII

innerhalb des Stadtgebietes von Bielefeld.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 9**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die beiden Sitzungen im Januar 2016 u.a. folgende Themen an:

- Haushalts- und Stellenplan 2016
- Konkretisierung von Konsolidierungsmaßnahmen 2016 - 2020
- Einzelne Umsetzungsschritte zum Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen
- GPA-Bericht
- Kinder- und Jugendförderplan

---

Bielefeld, den 02.12.2015

---

Weißefeld  
(Vorsitzende)

---

Flachmann  
(Schriftführer)